

Direkt aus den Parteien

Soll der Kanton Luzern Fangewalt stärker bekämpfen? Und wenn ja, wie? Unter anderem diese Fragen werden die 120 Luzerner Kantonsrätinnen und Kantonsräte an der kommenden Session umtreiben, wenn sie über eine allfällige Teilungültigkeit der Volksinitiative der Mitte entscheiden. Gleichzeitig beantragt die Regierung mehr Zeit, um einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Keine Zeit verlieren will das Kantonsparlament mit einer höheren Entschädigung für seine Mitglieder – der ersten seit 2009. Ausserdem findet die zweite Beratung zur Aufhebung

der schwarzen Liste für säumige Prämienzahlerinnen und -zahler statt. Die Abschaffung dürfte dabei nur noch Formsache sein. Auf der Traktandenliste stehen zudem zahlreiche Vorstösse; unter anderem über besseren Schutz von Prostituierten und mehr Kompetenzen für den Veterinärdienst. Die Sessionen des Kantonsrats an der Bahnhofstrasse 15 in Luzern sind öffentlich (Montag, 8. 9. und 15. 9., je von 9 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr, Dienstag, 9. 9., von 9 bis 11.30 Uhr). Die Debatten werden auch im Livestream auf www.lu.ch übertragen. (avd)

Mitte

Es braucht endlich griffige Massnahmen

Es geht leider nur schleppend vorwärts. Auf die im April 2024 eingereichte kantonale Initiative gegen «Fan-Gewalt» beantragt der Regierungsrat eine Fristverlängerung um ein Jahr. Er beabsichtigt zudem, dem Parlament einen Gegenvorschlag zur Initiative vorzulegen. Wir bedauern, dass die heisse Kartoffel noch weitere Monate hin- und hergereicht wird.

Für diese Verlängerung geben wir der Regierung nochmals eine Chance, erwarten aber einen griffigen Gegenvorschlag, welcher die berechtigten Forderungen tatsächlich

aufnimmt: Identitätskontrolle statt Anonymität, verlässliche Anreiskonzepte statt Katz- und Mausspiele mit der Polizei sowie klare (Straf-)Regeln bei Verstössen. In jüngster Vergangenheit waren die Fangewalt-Exzesse etwas weniger geworden. Es ist aber fahrlässig, davon auszugehen, dass es keine Vorfälle mehr geben wird, was in anderen Schweizer Städten bereits wieder feststellbar ist. Die Forderung nach klaren, verbindlichen und wirkungsvollen Massnahmen ist breit abgestützt. Die zusätzliche Bearbeitungszeit kann und muss genutzt werden, um eine griffige Vorlage auszu-

arbeiten. Voraussichtlich im Herbst 2026 kann das Stimmvolk darüber befinden. Wir wollen endlich weg von ärgerlicher Fan-Gewalt hin zu friedlicher Fan-Kultur, in und ausserhalb der Stadien. Die stimmungsvolle Fan-Kultur bei der Frauen EM 2025 hat ja gezeigt, dass es auch anders geht.



Daniel Rüttimann, Hochdorf

Grüne

Digitale Souveränität statt US-Abhängigkeit

Daten sind heute ein Machtfaktor und die digitale Welt ein Spielball der Geopolitik. Die Trump-Regierung übergeht den Rechtsstaat und scheut nicht davor zurück, die Dominanz der US-Digital-Konzerne skrupellos für ihre Interessen einzusetzen. Die US-Behörden haben Zugriff auf die Daten in Clouds von US-Firmen. Genau jetzt will unser Kanton in die Microsoft-Cloud M365 wechseln – inklusive vertrauliche Verwaltungsdaten und besonders schützenswerte Personendaten der Luzerner Bevölkerung. Für den Luzerner Datenschutzbeauftragten ein Rechtsverstoss.

Der Regierungsrat setzt sich darüber hinweg, will das Projekt ohne demokratische Mitsprache durchziehen und dafür 28 Millionen Franken ausgeben (4,4 Millionen Lizenzgebühren pro Jahr). Deshalb fordern wir in einem dringlichen Postulat einen Marschhalt des M365-Projekts.

Bei derart wichtigen Fragen für unsere Rechte und Freiheiten braucht es die Mitsprache des Parlaments und mehr Schranken für die Datentransfers in die US-Cloud. Und vor allem setzen wir uns für einen langfristigen Ausstieg aus der faktischen Digital-Diktatur

von Microsoft in unseren Verwaltungen ein. Die öffentliche Hand, der Bund und alle Kantone müssen jetzt Alternativen aufbauen und in schweizerisch-europäische IT-Unternehmen investieren, um die Abhängigkeit zu verkleinern und Souveränität zurückzugewinnen.



Rahel Estermann, Luzern

SP

Nachhaltige Arbeitsplätze und anständige Löhne

In der Stadt Luzern gilt ab 2026 ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. Rund 3000 Erwerbstätige, die trotz Arbeit kaum über die Runden kommen, erhalten endlich einen existenzsichernden Lohn. Dieser demokratische Entscheid der Stadt missfällt der kantonalen Gewerbegruppe, die ein Mindestlohnverbot fordert. Den Betroffenen droht eine staatlich verordnete Lohnsenkung. Damit würde die in der Verfassung garantierte Gemeindeautonomie verletzt und ein kommunaler Volksentscheid im Nachhinein ausgehebelt – nachdem das bürgerliche Referendum in der Stadt

kläglich gescheitert ist. Das ist eine gefährliche Entwicklung: Akzeptieren die Bürgerlichen Volksentscheide bald nur noch dann, wenn sie in ihrem Sinn ausfallen? Der Grundsatz «Arbeit muss sich lohnen» scheint in den bürgerlichen Gewerbeverbänden nicht mehr zu gelten. Umso irritierender ist es, dass der Regierungsrat bereit ist, ein Mindestlohnverbot zu prüfen. Ebenso unverständlich ist das regierungsrätliche Nein zur Unterstützung der einheimischen Stahlindustrie. Im Gegensatz zum Bund und zur Stadt verweigert der Regierungsrat finanzielle Unterstützung der Steeltec –

ein fatales Signal an die über 600 Mitarbeitenden. Steeltec ist ein wichtiger Arbeitgeber und ökologisch bedeutend: Mit Stahlrecycling leistet das Unternehmen einen zentralen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft. Hier muss der Kantonsrat korrigieren. Die SP setzt sich für nachhaltige Arbeitsplätze und anständige Löhne ein.



Caroline Rey, Luzern

SVP

Swiss Steel – Opfer einer verfehlten Energiepolitik

Im Luzerner Kantonsrat steht ein Postulat auf der Traktandenliste, das den Industriestandort Emmen stützen soll. Der Fall Swiss Steel zeigt jedoch exemplarisch, wie verheerend sich eine ideologisch geprägte Energie- und Umweltpolitik auf die Industrie auswirkt. Nicht mangelnde Innovation, sondern teurer und unsicherer Strom macht dem Unternehmen zu schaffen – ein Standortnachteil mit Ansage.

Die von links initiierte Energiestrategie führte die Schweiz in ein riskantes Experiment, das nun Arbeitsplätze und

Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Besonders brisant: Auch FDP und Mitte trugen dieses Projekt mit, das längst zur Belastung geworden ist. Der Kanton Luzern profilierte sich als «Vorreiter» mit besonders scharfen Gesetzen – jetzt zahlen Belegschaft und Steuerzahler die Rechnung.

Anstatt Ursachen zu bekämpfen, will die Politik mit Millionen aus der Staatskasse die Folgen kaschieren. Doch ein Betrieb wie Swiss Steel braucht keine Almosen, sondern verlässliche Rahmenbedingungen. Weg von Technologie- und Forschungsverboten. Wer

die Industrie wirklich erhalten will, muss den energiepolitischen Höhenflug stoppen und für sichere, bezahlbare Versorgung sorgen – alles andere bleibt Augenwischerei.



Rolf Bossart, Schenkon

GLP

Gefährliches Präjudiz

Wir anerkennen die Wichtigkeit von Steeltec als regionaler Arbeitgeber und es liegt in der Verantwortung der Politik, die wirtschaftliche Stärke unseres Kantons zu sichern. Diese Aufgabe darf sich jedoch nicht auf eine einzelne Branche beschränken. Die GLP wird ihren bisherigen Kurs konsequent fortsetzen und sich für attraktive Rahmenbedingungen einsetzen – etwa durch eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und ein gutes Ausbildungsangebot.

Die von der SP geforderte direkte Unterstützung lehnen

wir ab: Sie widerspricht einer liberalen Wirtschaftspolitik. Zudem ist die Bedingung, dass sich der Bund nur beteiligt, wenn auch der Standortkanton zahlt, ein Novum – selbst in Krisensituationen wie der Bankenkrise, der Rettung von Fluggesellschaften oder den Unterstützungsprogrammen für Energiekonzerne war dies nicht der Fall.

Direkte Finanzhilfen wären ein gefährliches Präjudiz: Andere Unternehmen und Branchen könnten künftig ebenfalls Ansprüche stellen. Darüber hinaus wäre der vorgesehene Beitrag von Bund und Kanton

– 17 Millionen über vier Jahre – gemessen am Jahresverlust von rund 200 Millionen Franken kaum mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Sollte der Erhalt der Schweizer Stahlindustrie tatsächlich von nationalem Interesse sein, muss dies über nationale Mittel und in einem Umfang geschehen, der eine realistische und nachhaltige Lösung ermöglicht.



Claudia Huser, Luzern

FDP

Ein starkes System gezielt weiterentwickeln

Die Berufsbildung ist eine der grossen Stärken der Schweiz. Sie eröffnet Jugendlichen vielfältige Chancen und sorgt für dringend benötigte Fachkräfte. Damit dieses Erfolgsmodell stark bleibt, braucht es eine laufende Überprüfung. Wir haben die Regierung um Antworten zur Entwicklung der Quote von Lehrabbrüchen im Kanton gebeten.

Die Antwort zeigt, dass unser System solide ist, es gibt jedoch Handlungsspielraum. Der häufigste Grund für Lehrabbrüche – die falsche Berufswahl – hat in letzter Zeit zugenommen. Alle Jugendlichen auf Sekun-

darstufe II, auch Gymnasias-tinnen und Gymnasiasten, sollen deshalb möglichst viele Berufe kennenlernen. Besonders bei Jugendlichen aus bildungsfernen Familien braucht es gezielte Unterstützung.

Ebenso wichtig ist die Verantwortung aller Akteure: Volksschule, Berufsverbände, Lehrbetriebe und kantonale Stellen müssen hinschauen und reagieren, wenn Lernende ins Stocken geraten. Erziehungsberechtigte sind während der Volksschulzeit, im Übergang und während der Lehre eine wichtige Stütze der Lernenden. Dank der grossen Durch-

lässigkeit findet sich für fast alle ein passender Weg.

Schliesslich gilt es, die Lehr-aufsicht mit genügend Ressourcen auszustatten, damit sie die Lernenden optimal begleiten können. Wir haben ein hervorragendes Fundament, dazu müssen wir Sorge tragen.



Roger Erni, Kriens